

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 49/2018 ~
MIGRATIONSPAKT



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

„Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“ – zu Deutsch: „Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ – so heißt der Pakt, den die Vereinten Nationen (UN) am 10. und 11. Dezember 2018 feierlich schließen wollen. Laut der Internetplattform Patriot Petition.org sei der Kern des Paktes die Gleichstellung von Migranten aller Art, unabhängig von ihrem legalen Status. Jeder bekomme das Menschenrecht in das Land seiner Wahl zu kommen. Die Grenzen der Staaten – so André Barmettler, Herausgeber der „ExpressZeitung“ – seien künftig für alle Menschen, unabhängig von deren Herkunft, Kultur und Anzahl zu öffnen. Im Namen der Gleichheit soll ihnen Zugang zu den jeweiligen Sozialsystemen gewährt werden. Staaten, die sich

gegen die neuen UN-Richtlinien stellen, würden künftig gegen die „Menschenrechte“ verstoßen.

Lange Zeit wurde das Thema hierzulande kaum diskutiert, doch freie Medien und die AfD brachten den Pakt auf die Agenda. Die Diskussion, die nun um das Abkommen entbrannt ist, polarisiert Politik, Medien und Volk, so wie viele schon geführte Debatten über Migration, Asyl und Einwanderung: Unverbindlich sei der Pakt, rein symbolisch oder gar gut im Sinne europäischer Länder, sagen die einen. Ein verhängnisvoller Schritt in Richtung einer dauerhaften Massenzuwanderung aus den Armenhäusern der Welt – behaupten die anderen. Was stimmt? Diese Sonderausgabe zum Migrationspakt geht dieser Frage nach. [1]

Die Redaktion (jf/dd.)

Migrationspakt - das Aus für die Staaten Europas

reg/ag. Liest man den Migrationspakt, ist dieser überaus schwammig und blumig formuliert. Der Herausgeber der Schweizer „ExpressZeitung“, André Barmettler, sieht darin eine Gefahr: Sollte der Migrationspakt Mitte Dezember unterzeichnet werden, gehe es dabei um nichts Geringeres als „1. um die globale, formale Abtretung nationaler Souveränität der Staaten an den künftigen UN-Superstaat, 2. die Auflösung demokratischer Gesellschaftsstrukturen und 3. die einheitliche Strategie zur Unterdrückung, Verfolgung und Bekämpfung derjenigen Stimmen, die sich kritisch dage-

gen äußern!“

Laut dem amerikanischen Markt- und Meinungsforschungsinstitut Gallup, liebäugeln bereits heute mehr als 700 Millionen (!) Afrikaner mit einer Migration nach Europa, so André Barmettler weiter. Sobald dieser Pakt zu greifen beginne und alle Staaten mit der Umsetzung dieser «Empfehlungen» beginnen, werden kritische Stimmen als intolerant, fremdenfeindlich und rassistisch umgemünzt und bald als strafbare «Hassdelikte» geahndet. Dieser UN-Migrationspakt läutet laut Barmettler die endgültige Zerstörung unserer Gesellschaft und Kultur ein. [3]

UN-Dokumente absichtlich irreführend formuliert?

ukn/el. Professor Ulrich Vosgerau, Rechtswissenschaftler an der Uni Köln ist spezialisiert auf Völker- und Europarecht und daher bestens vertraut mit UN-Dokumenten. Derzeit hat er auch die Formulierungen des globalen UN-Migrationspaktes untersucht. Er findet dort wieder genau die in UN-Dokumenten angewandte typische Technik des Formulierens, die in Fachkreisen als sogenannte „Seesaw*-Technique“ bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass scheinbar klare Aussagen, die in einem Dokument getrof-

fen werden, einige Zeilen weiter unten im Text wieder zurückgenommen oder relativiert werden. Somit könne sich der Leser quasi „aussuchen, was er nun glauben will“, so Vosgerau. Heißt das im Klartext, dass die von der UNO erlassenen Dokumente absichtlich als „Gummiparagrafen“ verfasst werden? Soll das Volk zuerst beruhigt, im Ernstfall dann aber mit eiserner Hand regiert werden? [2]

*Seesaw: englische Bezeichnung für Wippe, Schaukel

Oberbürgermeister: Zweifel sind berechtigt!

mwe. Boris Palmer, Politiker der Grünen und Oberbürgermeister der Stadt Tübingen kritisiert den UN-Migrationspakt in seiner jetzigen Fassung wie folgt: „Einwanderung und Asyl werden begrifflich nicht immer sauber getrennt. Was man für Flucht vor Krieg und Verfolgung immer unterstützen würde, ist für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt oft nicht akzeptabel. [...] Tatsächlich funktioniert nämlich im internationalen Recht sehr vieles nach dem Prinzip des Soft-Law, das heißt, obwohl im Text (des Migrationspaktes) steht, es sei alles nicht rechtsverbindlich, wird es auf Zeit doch verbindlich wirksam durch politischen

Druck und Gerichte.“ Er betont, es werde außerdem „durch die Hintertür eine einseitige Sicht auf Migration, die ausschließlich positiv ist, eingeführt“. Von den Medien sei es ein schlimmer Fehler gewesen, die Diskussionen um den Migrationspakt ein halbes Jahr lang völlig zu ignorieren. In einer Petition an die Bundesregierung fordert er die Klärung mehrerer Punkte: Die „Verbindlichkeit des Paktes“, „das Ausmaß künftiger Migration“ und die „Steuerung der öffentlichen Meinung“ – der Pakt dürfe in Deutschland nicht dazu führen, „die freie Meinungsbildung einzuschränken oder zu steuern.“ [4]

Migrationspakt: Deutschland wird zum Ballungsgebiet

kno/dd. Am 8.11.2018 erläuterte AfD-Fraktionschef Alexander Gauland im Deutschen Bundestag warum seine Partei den UN-Migrationspakt ablehnt. Hier die wichtigsten Gründe Gaulands:

- Migration wird im Dokument des UN-Paktes ausschließlich als Quelle von Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung dargestellt. Kein Wort davon, dass Migration Länder auch destabilisieren kann.
- Der Unterschied zwischen der Suche nach Asyl und der Suche nach einem besseren Leben wird verwischt.
- Im Migrationspakt ist zu lesen, „Alle unsere Länder“, werden „zu Herkunfts-, Transit- und Zielländern“.

Fortsetzung auf Seite 2

Quellen: [1] www.youtube.com/watch?v=2gFQ6qhWea8 [2] www.youtube.com/watch?v=2gFQ6qhWea8 (min 3:48 -5:17) [3] www.kla.tv/13124 | ExpressZeitung Ausgabe Nr. 19 vom August 2018, S.1-2 [4] www.welt.de/politik/deutschland/article183695092/Boris-Palmer-Viele-Zweifel-am-UN-Migrationspakt-sind-berechtigt.html | <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/gruenen-politiker-palmer-warnt-vor-un-migrationspakt/>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

Was für ein Märchen! Die meisten der Unterzeichnerländer werden niemals Zielländer von Migranten.

• Dieses Dokument ist der erste Schritt, Migration zu einem Menschenrecht zu machen, das Staatsrecht aushebelt und zu Völkerwohnrecht wird.

• Allein die Formulierung „Wir verpflichten uns“ kommt in dem Papier Dutzende Male (genau 44x!) vor. Etwa: „Wir verpflichten uns sicherzustellen, dass alle Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus ihre Menschenrechte durch einen sicheren Zugang zu Grundleistungen wahrnehmen können.“ Weniger empfindsame Gemüter nennen das: Einwanderung in die Sozialsysteme. [...] Dadurch werden Millionen von Menschen aus Krisenregionen angestiftet, sich auf den Weg zu machen.

• Der „Meilenstein“, von welchem dieser Pakt spricht, führt zur Preisgabe der Souveränität Deutschlands.

Alexander Gauland kommt zu folgendem Fazit: Linke Träumer und globalistische Eliten wollen Deutschland klammheimlich aus einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet verwandeln. [5]

UNO-Migrationspakt – der Weg in die Tyrannei

ah./mv. Im Migrationspakt heißt es: „Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus [...] Fremdenfeindlichkeit [...] gegenüber allen Migranten [...] zu verurteilen und zu bekämpfen.“ Was unter diesen Begriffen zu verstehen ist, legt allerdings nicht die Bevölkerung fest, sondern staatlich geförderte Stiftungen wie die deutsche Amadeu Antonio Stiftung. Rassistische Hetze begeht laut ihrer Definition, wer im Zusammenhang mit Migranten von „wir“ und „sie“, oder verall-

gemeinert von „alle Flüchtlinge“ oder „Wirtschaftsflüchtlingen“ spricht oder sich äußert, „Die passen einfach nicht zu uns ...“ oder „Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land“. Das sind genau die „Formen“ von Rassismus, von denen auch im Migrationspakt die Rede ist. Nach diesen Definitionen wäre jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell. Damit wird eine Diktatur, die sich gegen die einheimische Bevölkerung richtet, Realität. Der deutsche Journalist, Schriftsteller und Filmautor Gerhard Wisniewski sieht damit den „Weg in die Tyrannei“ geebnet. [6]

Leipziger CDU greift Bevölkerungsstimmung auf

rg. Auch die Leipziger CDU äußert starke Bedenken hinsichtlich des UN-Migrationspakts. Es stört sie, dass die Bundesregierung, die Parteien und Bürger bislang nur mangelhaft beteiligt und über den Migrationspakt informiert habe. Dazu Stadtrat Michael Weickert: „Auf Grund der schlechten Kommunikation in diesem Zusammenhang ist das Misstrauen innerhalb der Bevölkerung gegenüber diesem

UN-Migrationspakt so groß geworden, dass wir als eine Volkspartei diese Stimmung aufgreifen müssen und auch in der Politik umsetzen sollten.“ Mittlerweile hat sich auch der CDU-Landesverband von Sachsen-Anhalt und sein Ministerpräsident Reiner Haseloff gegen den Migrationspakt ausgesprochen und die Bundesregierung beauftragt, den Pakt nicht zu unterschreiben. [9]

Migrationspakt fördert „Medieneinheitsbrei“!

rg./brm. Unter Punkt 17 im Migrationspakt ist von der geplanten Einbeziehung der Medien die Rede. Dies sieht der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Volker Schimpff besonders kritisch: „Im Vertrag wird geschrieben in welcher Richtung zu berichten ist, in welcher Richtung zu kommentieren ist, welche Meinungen zu vertreten sind und alle, die das nicht machen, sollen bestraft oder finanziell ausgetrocknet werden.“ Zwar wird die

Achtung der Medienfreiheit betont. Aber Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierungen gegenüber Migranten fördern, solle „die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung entzogen werden“. Soll damit jeglicher kritischen Berichterstattung an der gegenwärtigen Migrationspolitik vollends der Boden entzogen werden? [7]

Vorreiterrolle – Österreich sagt NEIN!

mw./rs. Bisher haben die USA, Israel, Australien, Österreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Bulgarien und Estland dem Pakt eine Absage erteilt. Die österreichische Regierung erklärte am 31.10.2018, dass Österreich den UNO-Migrationspakt wegen erheblicher inhaltlicher Bedenken nicht unterzeichnen werde. Während das NEIN der österreichischen Regierung zum Migrationspakt von den großen österreichischen Medien verunglimpft wird, bringt es Vizekanzler Heinz-Christian Strache wie folgt auf den Punkt: „Es kann auch sein, dass Österreich hier eine mutige Vorreiterrolle einnimmt, wo viele Länder, die sich bis dato nicht getraut haben, in der Folge auch NEIN zum Migrationspakt sagen.“

Auch der Schweizer Bundesrat hat am 21. November bekannt gegeben, dass er an der Konferenz in Marokko nicht teilnehmen werde. Infolge des Widerstands aus Parlament und Volk will die Landesregierung den Ausgang der Parlamentsdebatte abwarten bevor sie entscheidet. Umsomehr gilt es, den Widerstand auf Parlament und Regierung aufrecht zu halten, damit

der Migrationspakt auch später nicht angenommen wird! [8]

Schlusspunkt •

Martin Sellner, Leiter der Identitären Bewegung Österreichs ruft auf: „Werdet aktiv gegen den UN-Migrationspakt! Der Widerstand in Deutschland, der Schweiz und Österreich muss sichtbar werden. Machen wir ihre Machenschaften bekannt, zerren wir die Verantwortlichen ans Licht der Öffentlichkeit und verlangen eine Volksabstimmung!“

Wie können Sie aktiv werden? Indem Sie baldigst eine Petition (bis spätestens 1.12.2018) unterschreiben:

www.patriotpetition.org/2018/07/26/globalen-migrationspakt-der-uno-stoppen-nationale-souveraenitaet-erhalten/
www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/downloads/petitionsbogen_unomigrationspakt-211/download

und diese Ausgabe der S&G unters Volk bringen.

Die Redaktion (dd.)

Quellen: [5] www.kla.tv/13358 | www.epochtimes.de/politik/deutschland/scharfe-kritik-an-afd-in-bundestagsdebatte-zu-un-migrationspakt-komplette-rede-von-gauland-a2702228.html?meistgelesen=1 [6] www.kla.tv/13153 | *ExpressZeitung Ausgabe Nr. 19 vom August 2018, S.60-62* „Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei“ [7] *MDR AKTUELL vom 13.11.18, 8:17 Uhr* [8] www.kla.tv/13283 | <https://neuwal.com/2018/11/02/transkript-heinz-christian-strache-bei-armin-wolf-in-der-zib2-31-10-2018/> | www.srf.ch/news/schweiz/auf-eis-gelegt-bundesrat-unterzeichnet-uno-migrationspakt-doch-noch-nicht [9] *Mitteldeutsche Zeitung vom 19.11.2018, S.2, Artikel: „Die Landes-CDU sucht Streit“*

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 23.11.18

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



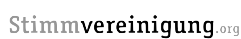
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv